ANTIFASCHISTISCHE ZEITUNG KIEL • AUSGABE NR.7 • DEZEMBER '89 • 2,- DM



Antifaschistin in Göttingen von der Polizei in den Tod getrieben!

Der Nazi-Buchladen am Dreiecksplatz muß verschwinden!

Liebe LeserInnen

Wir nehmen erfreut zur Kenntnis, daß die ATZE bei immer mehr antifaschistisch eingestellten Menschen auf Interesse stößt; für andere AntifaschistInnen ist sie bereits seit längerem unentbehrlich. Um diese Entwicklung zu fördern und die Zeitung noch lesbarer zu machen, haben wir in dieser Ausgabe die Gestaltung im Innenteil verändert - von der Schreibmaschine zur Satzschrift. Die ATZE 8 wird dann auch einen etwas anders gestalteten Titel bekommen.
Doch zunächst zu dieser Ausgabe: Wir informieren über Aktivitäten der DVU und zeigen an einigen Beispielen, daß der Versuch der REPUBLIKANER, sich von den Faschisten abzugrenzen, reine Taktik ist. Außerdem widmen wir dem Rassisten und Professor an der Kieler Universität Jürgens etwas Aufmerksamkeit.
Vor kurzem haben sich das Kieler Antifaschistische Bündnis und das Antifaschistische Plenum Kiel zusammengeschlossen. Eine Erklärung dafür findet ihr in dieser ATZE. Unter dem gemeinsammen Namen Antifaschistisches Forum Kiel wird dieser Tage eine Kampagne gegen den Kieler Nazi-Buchladen gestartet. Dazu unser Aufmacher.
Zum Schluß noch einmal in eigener Sache: trotz mehrwöchiger Bemühungen hat uns die Post immer noch kein Konto zur Verfügung gestellt. Freundlicherweise hat uns das Netzwerk ermöglicht, sein Konto mitzubenutzen. Wer also die ATZE im Abo bekommen möchte, kann das jetzt durch Überweisung von 15,-DM (für vier Ausgaben) tun. Genauen Absender und Vermerk "ATZE" nicht vergessen !!

Netzwerk, Postgiroamt Hamburg,
BLZ: 200 100 20, KtoNr. 487599-202
Stichwort/Vermerk ATZE



Inhaltsverzeichnis



ATZE

Antifaschistische Zeitung Kiel, Schweffelstr. 6, 2300 Kiel
Bankverbindung: Netzwerk, Postgiroamt Hamburg, BLZ 200 100 20,
Kto.Nr. 487599-202, Stichwort: ATZE
Auflage 700, Ausgabe Nr. 7, Dezember 1989
V.i.S.d.P.: T. Carstensen

Der Nazi-Buchladen am Dreiecksplatz muß verschwinden!

Meint das Antifaschistische Forum Kiel (vgl. dazu an anderer Stelle im Heft) und startet daher eine Kampagne gegen diesen Treffpunkt von (nicht nur) Kieler Rechtsextremisten.

Nur recht wenigen Menschen, ja nicht einmal den meisten AntifaschistInnen in dieser Stadt ist bekannt, daß sich in der Wilhelminenstraße in Kiel in Gestalt der "Buchhandlung am Dreiecksplatz" ein Stützpunkt des organisierten Rechtsextremismus befindet. Auf den ersten Blick ist der Laden von anderen Buchhandlungen auch nur schwer zu unterscheiden. Aus diesem Grund ist es nützlich, sich noch einmal an die wichtigsten bisher bekannten Tatsachen zu erinnern.

Ein Buchladen mit Vergangenheit..

Zunächst wurde ein Nazi-Buchladen in der Rathausstraße von dem inzwischen polizeilich gesuchten und nach Dänemark geflüchteten Neofaschisten Thies Christophersen gegründet. Unter anderem Namen wird er später von Dietmar Munier betrieben. Munier war zunächst stellvertretender Landesvorsitzender der "Jungen Nationaldemokraten" in Schleswig-Holstein sowie aktiv im "Bund Volkstreuer Jugend" Diese Organisation ist in Österreich verboten.

Bis 1977 gab er deren Kieler Zeitschrift "Werwolf" heraus; darin rief er nicht nur zu Wehrsportaktivitäten auf, sondern schilderte auch den Nutzen eines (solchen) Buchladens:

"1. Eine neutrale Anlaufstelle für junge Leute, zum ersten Beschnuppern und Anregen zur aktiven Mitarbeit.

2. Ein dauerbesetzter Treffpunkt als Umschlagplatz für Informationen und Nöte unseres Kameradenkreises.

3. Eine Ermutigung für alle resignierten Älteren, die uns zufällig entdecken würden.

4. Eine Verbreitung der totgeschwiegenen Bücher und Autoren unseres Geistes zu ermöglichen."

Umschlagplatz rechtsextremer Propaganda ...

Ganz in dem von Munier bezeichneten Sinne konnte man in der Vergangenheit die verbotene "Auschwitz-Lüge" im Buchladen kaufen; eine Schrift, die in geradezu ungeheuerlicher Weise die Ermordung von über einer Millionen Menschen im größten Vernichtungslager bestreitet und deren Verbreitung zu Recht unter Strafe gestellt ist.

Eine ähnliche Verharmlosung oder gar Rechtfertigung von Nazi-Verbrechen findet sich in anderen zum Verkauf angebotenen Schriften der Buchhandlung und des angegliederten ARNDT-Verlages, der sich in den hinteren Räumen des Ladens befindet.

Mit dem angebotenen Buchprogramm wird massiv faschistische Ideologie verbreitet; so etwa im "Taschenwörterbuch des Nationalsozialismus", für das Munier damit wirbt, "daß hier eine Weltanschauung Lösungen auf Fragen existenzieller Art anbietet."

Was damit gemeint ist, macht die Erinnerung an die Nazidiktatur ebenso deutlich wie die genaue Betrachtung der Aussagen von NPD, DVU oder REP: Beseitigung der Gewerkschaften als Vertreterinnen der Werktätigen, Zerschlagung der sozial fortschrittlichen Organisationen, Beseitigung der bürgerlichen Rechte wie Presse-, Versammlungs- und Koalitionsfreiheit sowie vieler, hart erkämpfter sozialer Errungenschaften.

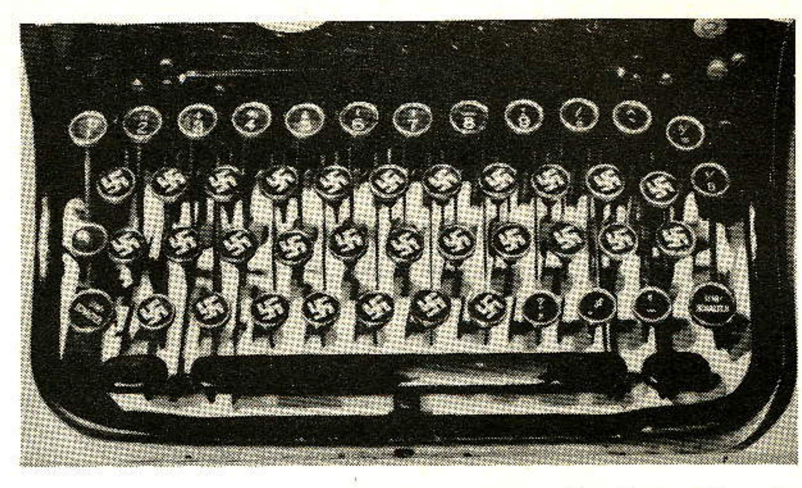
.... Nazi-Treffpunkt

Außer zur Verbreitung faschistischen Gedankengutes dient der Laden in der Wilhelminenstraße der rechtsextremen Szene als Anlaufstelle. Munier und der langjährige Mitarbeiter des Ladens, Gernot Mörig, sind an führender Stelle im "Bund Heimattreuer Jugend" (BHJ) tätig. Dieser hat seit einiger Zeit Kontakte zu den neofaschistischen REPUBLIKANERN in Kiel und stellte im Europawahlkampf der Partei eine Schlägertruppe zur Seite.

Der Landesvorsitzende Emil Schlee hat im ARNDT-Verlag zudem ein Buch veröffentlicht, in dem er für die erneute Errichtung eines "Großdeutschland" eintritt - ein Ziel das kaum auf friedlichem Wege zu erreichen sein dürfte (na

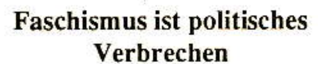


Eines der Opfer des Mordanschlages auf dem Münchener Oktoberfest (26.9.1980)



hoffentlich nicht-angesichts der jüngsten Ereignisse-der Tipper) und zu dessen Erreichung die REP wohl vor Methoden wie 1939 auch nicht zurückschrecken würden (vgl.den Artikel zu den REPin Schleswig-Holstein an anderer Stelle in diesem Heft).

Aus gutem Grund wurden faschistische Organisationen ind die Verbreitung ihres Gedankenguts nach 1945 vergoten. Faschismus ist keine politische Meinung wie andere auch, über deren Berechtigung gestritten werden kann. Die Jahre 1933-45 gaben gezeigt, das Faschismus für politisches Verbrechen steht. Morde, Krieg und rassistische Menschenversuche gehören untrennbar zu diesem System und seiner Ideologie. Wer die Verbrechen des Faschismus leugnet oder verharmlost, von dem ist zu befürchten, daß er auch nicht vor einer Wiederholung zurückschrecken würde.



Faschismus ist politisches Verbrechen

Politisches Verbrechen ist der Faschismus auch heute wieder; beim Anschlag auf das Münchner Oktoberfest wurden 1980 13 Menschen, darunter drei Kinder, getötet und über 200 weitere ahnungslose FestbesucherInnen durch eine Bombe von Neonazis schwer verletzt.

Als 1978 in Itzehoe Kieler Neonazis wegen Sprengstoffanschlägen und versuchter Raubüberfälle vor Gericht standen, gaben einige der Angeklagten an, sie hätten sich in Muniers Laden kennengelernt und Munier hätte den Kontakt zwischen ihnen hergestellt. **Ist es das, was Munier unter "erstem Beschnuppern und Anregen zur aktiven Mitarbeit" versteht?? Ist es das, wofür die "Buchhandlung am Dreiecksplatz" die Fassade abgibt??**

Der Buchladen muß verschwinden!!

Faschistischer Terror soll die Kritik und die Gegenwehr gegen rechtsextreme Organisationen und die Verbreitung ihrer Ideolodie unterdrücken. Wir aber halten daran fest: Faschisten haben kein Recht, sich legal zu treffen, sich zu organisieren, ihre Hetze zu verbreiten oder gar Verbrechen vorzubereiten.Faschistische Ideologie und Organisationen stehen außerhalb des demokratischen Spektrums. Weil eine solche Zentrale wie die "Buchhandlung am Dreiecksplatz" nicht länger geduldet werden darf, wird das Antifaschistische Forum Kiel sich in nächster Zeit besonders dafür einsetzen, daß der Laden verschwindet.

Wer einen Beitrag zur Erreichung dieses Zieles leisten möchte, ist herzlich willkommen.Das Antifaschistische Forum Kiel trifft sich zwei Mal im Monat in der "PUMPE". Wer darüber hinaus Informationen über den Buchladen und den ARNDT-Verlag zur Verfügung stellen kann,die/der möge sich bitte ebenfalls ans Antifaschistische Forum Kiel wenden oder an die ATZE schreiben.

DVU auf "ÜbersiedlerFang"

In Neumünster ist jetzt der erste Fall bekannt geworden, wo die DVU auf "Übersiedler-Fang" gehen wollte. Sie schickte dazu den neuen Landesvorsitzenden Hans-Jürgen Brandt (Itzehoe) und den Steinburger Kreisvorsitzenden Ingo Schachtschneider (St. Margarethen) zu einem Gespräch mit den für die Betreuung und Unterbringung der DDR-Auswanderer verantwortlichen MitarbeiterInnen vom Haus der Jugend und vom Deutschen Roten Kreuz nach Neumünster.

Dort stellte sich das Duo als private Initiative "Übersiedler-Freundeskreis " vor und bot den aus der DDR kommenden Menschen Hilfe bei der Arbeitsplatz- und Wohnungssuche sowie Unterstützung bei Behördengängen und beim Zusammensuchen der Wohnungseinrichtung an. Ein Hinweis der Behörden des Kreises Steinburg, das die Adresse des sogenannten Freundeskreises identisch ist mit der des DVU-Aktivisten Schachtschneider entlarvte die Machenschaften.
Ähnliche DVU-Aktivitäten gibt es auch in anderen Bundesländern. Das gab Brandt auf Anfrage zu. Er nannte dabei Hamburg und Bremen.Zitat Brandt:"Wenn Sie in die Bremer Übersiedlerheime reinkommen, dann hängen da massenweise DVU-Plakate an der Wand."

Findet Antisemit Gehör bei Anti-AKW-Initiativen?

Derzeit bereist Harm Menkens mit Vorträgen über Mutationen durch radioaktive Niedrigstrahlung das Bundesgebiet. Menkens selbst ist Betreiber des rechtsextremen Lühe-Verlages. Er ist in Niedersachsen als ehemaliger Seefahrtlehrer wegen antisemitischer Äußerungen vom Schuldienst suspendiert worden. Er leugnet, daß in den Vernichtungslagern der Nazis Millionen Juden ermordet wurden.
In diesem Jahr hat er seinen Wohnsitz in Mohrkirch (Kreis Schleswig/Flensburg) aufgeschlagen. Dort wohnte vor seiner Flucht nach Dänemark der bekannte Altnazi Thies Christophersen. Dessen Ehefrau Edith unterhält von Mohrkirch aus nach wie vor weltweit Kontakte zu Faschisten.
Menke selbst gibt als Postanschrift allerdings nur ein Postfach in Süderbrarup (Kreis Sl/Fl) an. Im September hatte ihn die Volkshochschule Itzehohe eingeladen. Er steht dem "Bund für Gotterkenntnis" (Ludendorfer) nahe und war Mitglied im "Hartmut-Gründler-Klägerverband für Volksgesundheit und biologische Sicherheit" (HGKV), der gegen den Atommeiler in Stade klagte und dem sich viele Nazis aus dem ganzen Bundesgebiet anschlossen. Enge Verbindungen hat Menkens auch zum "Verlag für ganzheitliche Forschung und Kultur" von Roland Bohlinger aus Struckum (Nordfriesland), an dessen Tagung er im Mai 1988 teilnahm.
In diesem Zusammenhang auch noch einmal der Hinweis an Anti-AKW-Initiativen,daß auch der rassistische "Weltbund zum Schutze des Lebens" (WSL) immer wieder versucht, sich bei AtomkraftgegnerInnen Gehör zu verschaffen.

FEHMARNSCHES TAGEBLATT- offene Werbung für DVU-Faschisten

Henning Wolff heißt die "Persönlichkeit ", die Anfang Februar 1989 in der Reihe "Woran glauben Sie" in der Hauspostille des DVU-Chefs Gerhard Frey vorgestellt wurde. Diesem rechtsextremen "Deutschen Anzeiger" antwortete Wolff auf die Frage, welches politisches Ereignis der letzten Zeit seine besondere Zustimmung finde : "Die vielversprechende Gründung der Deutschen Volksunion - Liste D als Sammlungsbewegung aller konservativen demokratischen Kräfte", der er zudem den Einzug ins Europaparlament wünschte. Daraus wurde zwar zunächst nichts, aber das sollte kein Grund zur Beruhigung sein.
Denn Wolff ist seit 1975 Herausgeber des "Fehmarnnschen Tageblattes", das mit einer täglichen Auflage von 2500 Stück vor allem auf der Insel Fehmarnn gelesen wird und dort für viele Menschen die einzige regelmäßige Informationsquelle ist.
Und Wolff macht offen und unbeirrt Werbung für die DVU - Liste D, dem Wahlzusammenschluß der beiden faschistischen Organisationen DVU und NPD. Da wird ebenso ausführlich und zustimmend über die Gründungsversammlung der DVU - Liste D in Schleswig - Holstein berichtet wie über Aktivitäten der Jugendorganisation der faschistischen NPD auf der Insel Fehmarn. Ohne jede Distanz wird das Programm der DVU auf den Seiten des Blattes ausführlich dargelegt.
Die Tageszeitung lobt den Chef der faschistischen DVU, Gerhard Frey, als "Garant demokratischen Gewissens in der Republik" und wünscht, "daß es der deutschen Volksunion unter ihrem Bundesvorsitzenden Dr. Frey (...) gelingt, ein Erneuerungselement der Republik zu werden".
Wolff persönlich ist nicht nur voll des Lobes für Bücher, die im FZ-Verlag Freys erscheinen, sondern veröffentlicht ganze Passagen, in denen die Kriegsverbrechen deutscher Soldaten verharmlost werden. So etwa aus dem Band "Großverheimlichte Dokumente". Aber auch Video-Filme von DVU-Kundgebungen empfiehlt er zur Anschaffung.

Da nimmt es schließlich kein Wunder mehr, daß in dem Blatt gegen AntifaschistInnen, die gegen die DVU- Großkundgebung in Neumünster demonstrierten, gehetzt wird. Wolff selbst wies in einem Leserbrief an die "Kieler Nachrichten" die Kritik am rassistischen Wahlkampfspot der REPUBLIKANER im Westberliner Wahlkampf empört zurück (KN 15.03.89).
Ein Blick auf die Wahlergebnisse der Insel Fehmarn zeigt, daß die derart massiv verbreitete faschistische Werbung für die DVU Erfolg hatte. Während landesweit die REP mit 4,6% die Nase vor der DVU (1,3%) hatten, ist die Stellung der DVU auf Fehmarn beträchtlich stärker. In Burg auf Fehmarn wählten 5,6% die DVU, in Landkirchen 4,7%, in Bannesdorf 4,9% und in Westfehmarn gar 7,1% (die entsprechenden Zahlen für die REP: 3,2%, 4,6%, 3,3% und 7,5%).
Bei den anstehenden Kommunalwahlen sollte das Wirken des FEHMARNSCHEN TAGEBLATTES von AntifaschistInnen nicht tatenlos hingenommen werden !!

General a.D. Kießling jetzt bei den REP!

Hatte der sozialdemokratische Informationsdienst "Blick nach rechts" vor einem Jahr noch gemutmaßt, General a.D. Gunter Kießling werde von der DVU angeworben, so hat er sich nun wohl doch der -zumindest vorerst- erfolgreicheren Variante einer faschistischen Wahlpartei, den REPUBLIKANERN, zur Verfügung gestellt. Dort beschäftigt er sich mit dem Militärprogramm dieser Partei.
Ende April des Jahres war Kießling auf Einladung der Buchhandlung Erichsen & Niehrenheim zur Vorstellung seines neuen Buches mit dem Titel "Neutralität ist kein Verrat" nach Kiel gekommen. Das Werk des in Rendsburg wohnenden Generals war von der NPD sofort in deren Buchdienst aufgenommen und angepriesen worden: "Mit der geistigen Zucht des brillianten Generalstabsoffiziers und seiner militärpolitischen Autorität analysiert Günter Kießling unsere Lage." Auch in der im Frühsommer erschienenen Ausgabe der REP-nahen rechtsextremistischen Zeitschrift "Junge Freiheit" kommt es bestens weg: "**Das** Buch des Jahres 1989".
Solch überschwengliches Lob hat seine Ursache nun jedoch weniger in der Originalität oder Neuheit der Überlegungen Kießlings, sondern wohl eher darin, daß hier ein "Aushängeschild" gefunden ist, mit dem sich Bestandteile faschistischer Ideologie seriöser verbreiten lassen. Den Kern seiner Gedanken können wir einem Leserbrief Kießlings in der "Frankfurter Allgemeinen Zeitung" vom 7.2.89 entnehmen, den die NPD in der März-Ausgabe ihres Parteiblattes zustimmend abdruckt. Die Ursache für die Weltpolitischen Spannungen sieht der EX-General in der "deutschen Teilung". Sei diese beseitigt, so gebe es auch eine Grundlage für dauerhaften Frieden.
Diese Sichtweise stellt die Dinge jedoch auf den Kopf.Das

Großmachtstreben der Herrschenden in Deutschland - ihr Interesse an der Einverleibung anderer Staaten - hat bereits zwei mal in diesem Jahrhundert zu Weltkriegen geführt. Auch heute ist die sogenannte "Wiedervereinigung" nur mit Hilfe von Erpressung und Krieg denkbar. Auch wenn Kießling dabei von Frieden redet.

aus: "Deutsche Wochen-Zeitung" 16/1989 vom 14.4.1989, S.7

Mitteleuropa als Ziel

„Neutralität ist kein Verrat"

Günter Kießling: Neutralität ist kein Verrat. Entwurf einer europäischen Friedensordnung. Straube 1989, 314 S., DM 32,–.

Für die Bundesrepublik Deutschland liegt das Buch eines Generalstäblers vor. Das strategische Ziel ist die Wiedervereinigung. „Die Taktik zur Erreichung ist offen. Das Grundges[illegible] Strategie vor. Die vom Verzicht läßt sich, bei laufender Ve[röf]fentlichung von historischen Fakten, n[icht] weiter halten.

Die deutsche Teilung sichert in ke[iner] Weise den Frieden, nirgendwo auf [illegible] ist ein derartiges Vernichtun[gs...] sammengetragen und [illegible] gefährlich wie bei [illegible]

Kießlings Sichtweise ist bei vielen Neonazis nachlesbar. Kein Wunder also, daß der Nazi-Verleger und DVU-Chef Frey ihm "größte Verbreitung" wünscht. Das allerdings die Kieler Buchhandlung "Erichsen & Niehrenheim" an der Lesung mit Kießling festhielt, obwohl ihr mitgeteilt worden war, daß der EX-General von bedeutenden Neofaschistischen Organisationen der BRD hofiert wird, sollte zu denken geben. Auch die Einladung des an der Kieler Universität lehrenden Wolfgang Seiffert zur Vorstellung seines neuen Buches (18.10.89) legt den Verdacht nahe, daß Geldverdienen alles ist und daß dafür auch in Kauf genommen wird, die Abgrenzung zu faschistischem Gedankengut zu verwischen. Denn Seiffert hat wie Kießling keinerlei Probleme sich mit Faschisten an einen Tisch zu setzen und deren "Spiel" mitzuspielen.

REPUBLIKANER in Schleswig-Holstein- Faschistische Gesinnung unübersehbar

Auch in Kiel bzw. Schleswig-Holstein sind in den letzten Wochen innerparteiliche Auseinandersetzungen bei den REP bekannt geworden. Wie im Saarland,in Nordrhein-Westphalen, Niedersachsen und Westberlin wird versucht,



diese Auseinandersetzungen der Öffentlichkeit als Abgrenzung vom Rechtsextremismus zu verkaufen.
Davon sollte sich jedoch niemand täuschen lassen. Dies gehört lediglich zu den Bemühungen Schönhubers, die Partei für eine Koalition zuzurichten; daß es dabei nicht um das Zurückdrängen faschistischer Ideologie geht, mögen einige Beispiele der letzten Monate aus Schleswig-Holstein belegen:

- Der vom Landesvorstand der REP eingesetzte Vorsitzende des Kreisverbandes Schleswig, Georg Grünsfelder (Kappeln), hat in einem Interview mit dem FLENSBORG AVIS die Existenz von Vernichtungslagern und damit die Ermordung vieler Millionen Menschen in den Nazi-Lagern geleugnet. Will er damit dem polizeilich gesuchten Thies Christophersen nacheifern??!!
- Lothar Grünkorn, seines Zeichens Kandidat der REP bei den Landtagswahlen im Mai 1988 für den Wahlkreis Steinburg-Süd, ist auch weiterhin für die "Ludendorffer" (Bund für Gotterkenntnis) unterwegs; so z.B.: am 21.10.89 in Lübeck im Hotel "Schwarzbunte" mit dem Thema "Über die Genialität der Verantwortung". Die "Ludendorffer" vertreten extrem rassistisches und antisemitisches Gedankengut. Dabei übertragen sie Verhältnisse aus dem Tierreich umstandslos auf Menschen. So heißt es z.B.: in der sog. "Lebenskunde", die als Unterrichtsstoff für SchülerInnen vorgesehen ist, "daß die Eigenschaften die Heilswege eines Volkes bestimmen, daß Fremdlehren daher Gefahren für die Gotterhaltung im Volke bedeuten, Rassenmischung die allmähliche Entartung der Völker bewirkt."
Gäste bei Tagungen der "Ludendorffer" sind zudem prominente Angehörige anderer faschistischer Organisationen. u einem solchen Treffen steuerte beispielsweise im September 1989 der NPD-Schriftsteller Udo Walendy (1972 NPD-Bundestagskandidat) einen Vortrag mit dem Thema "Fortschritte bei der Revision der Geschichtsschreibung" bei, in dem er eine wohlwollende Bilanz der Versuche zog, die Verbrechen der Nazis zu verharmlosen und zu leugnen.
- Ein Treffpunkt der rechtsextremen "Ludendorffer" in Schleswig-Holstein ist das Café des Nortorfers Hans-Werner Lepthien. Dieser trat bei den Wahlen 1988 im Wahlkreis Neumünster-Nord an. Wenige Monate vorher, im August 1987, pilgerte Lepthien nach Wunsiedel zum Grab des Kriegsverbrechers Rudolf Heß, um dort einen Kranz mit der Aufschrift "In Verehrung" niederzulegen (unser Foto). Wunsiedel ist seit 1987 zum Wallfahrtsort der (nicht nur) bundesdeutschen Nazis geworden.
Und am 1.12.1988 suchte dieser REPUBLIKANER per Kleinanzeige in der in Rendsburg erscheinenden Tageszeitung "Schleswig-Holsteiner-Landeszeitung" das Buch "Mein Kampf" von Adolf Hitler. Wohl kaum für wissenschaftliche Studien...
- In Lübeck nahmen die REP den 50.Jahrestag des faschistischen Überfalls auf Polen zum Anlass, im "Wochenspiegel" (Verlag der "Lübecker Nachrichten") zwei Anzeigen zu veröffentlichen. "Unter der Überschrift <<War es wirklich ein Überfall? Polen 1.9.1939>> wird im Text der Anzeige der deutsche Überfall auf Polen als ein Akt der



Notwehr dargestellt und das Aggressionsopfer Polen zum Kriegsschuldigen gemacht. Die "Argumente" für diese abenteuerliche Geschichtsfälschung entstammen direkt der damaligen Nazi-Propaganda.
Der Text läßt jede Distanz zur Nazi-Diktatur vermissen. Im Zusammenhang mit dem Angriff auf Polen wird vom "legitimen Recht und der Pflicht" der Reichsregierung gesprochen. Es handele sich um einen "Verteidigungskrieg", der auch nach heutigen Maßstäben gerechtfertigt sei. (....) Von einer Partei die die vergangenen Verbrechen des deutschen Faschismus rechtfertigt, muß angenommen werden, daß sie selbst nicht vor ähnlichen Taten zurückschreckt, wenn sie einen entsprechenden Einfluß erlangt." (Aus einer Erklärung Lübecker antifaschistischer Organisationen und Initiativen).
Aufgrund der Proteste, unter anderem aus der Belegschaft und dem Betriebsrat der "Lübecker Nachrichten", erschien dann nur der erste Teil dieser frechen - jeder historischen Wahrheit entgegenstehenden - Rechtfertigung des Nazi-Überfalls auf Polen.
Bleibt zu erwähnen, daß Thomas Schröder aus Lübeck, einer der führenden Köpfe der REP in Schleswig-Holstein, vor kurzem in die REP-Wahlkampfkommission für die Bundestagswahlen 1990 berufen wurde.
- In Kiel ist die rechtsextremistische Studentengruppe LISA in den RHV (Republikanischer Hochschulverband) der REP übergetreten. Der frühere LISA-Chef Bernhard Kurz - inzwischen nicht nur Landesbeauftragter des RHV, sondern auch auf Beschluß Schönhubers in die Bundesprogramm-Kommission der REP berufen - grenzt sich mit seinen Kumpanen nach außen hin von den örtlichen Gründern der REP wie Axel D. Neu, Klaus Meier oder auch Jens-Gerd Steffen ab. Als Begründung muß der enge Kontakt der Kieler REP zur rechtsextremen Jugendorganisation BHJ (Bund Heimattreuer Jugend) herhalten. Dessen Mitglieder traten wiederholt, zuletzt am 4.11.89 als Schlägertruppe bei REP-Aktionen in Kiel auf. Wer sich bei diesen Auseinandersetzungen, die auch mit Hilfe von Parteiausschlußverfahren geführt werden, durchsetzen wird, ist zur Zeit offen. Die den REP sehr nahe stehende Zeitschrift "Europa vorn" vermutet, daß es die RHV-Leute auf Landesvorstandsposten abgesehen haben. Gleichzeitig seien ihre Chancen jedoch gering, da der Landesvorsitzende Emil Schlee zu seinem jetzigen Vorstand stehe.
Lasse sich also niemand täuschen: die REPUBLIKANER sind und bleiben eine neofaschistische Partei. Daran ändert sich auch nichts, wenn einige der vorlautesten und plumpesten Schreier in die zweite oder dritte Linie zurückgenommen und durch bisher nicht einschlägig in Erscheinung getretene REPUBLKANER ersetzt werden.



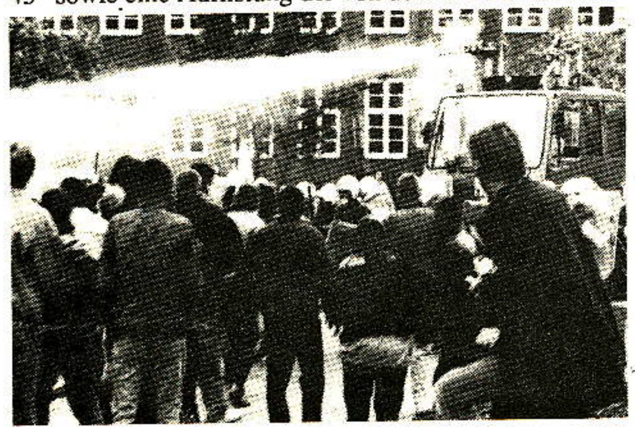
Vier Polizisten in Eutin wegen Rassenhaß verurteilt

Wegen der Abhaltung einer Adolf-Hitler-Geburtstagsfeier im April dieses Jahres wurden am 12.Oktober vor dem Jugendschöffengericht Eutin vier Polizeibeamte wegen gemeinschaftlichem Aufstacheln zum Rassenhaß verurteilt.

Die Anklage erfolgte überhaupt erst, nachdem Wochen nach der sogenannten "Deutschen Party" der Kriminalpolizei Neustadt anonym Fotos des Festes zugespielt wurden, die von den vier Polizisten selbst gemacht worden waren. "Wenn man die Fotos sieht, kann einem angst und bange werden", so der Vorsitzende Richter Otto Witt.

Auf den Bildern waren die vier Angeklagten in der Privatwohnung eines der vier Polizisten mit zwei damals 17-jährigen in eindeutigen Posen und eindeutiger Aufmachung abgebildet. Zu dieser "ganz normalen Party" - so einer der Jugendlichen - gehörten braune Uniformteile, Schaftstiefel, Hakenkreutzbinden, Stahlhelme, eine Tischdecke mit der Aufschrift "Arbeit macht frei" und SS-Runen sowie einem Judenstern; außerdem war eine Puppe zu sehen, die ebenfalls einen Judenstern trug.

Einer der vier Bereitschaftspolizisten trug dazu ein T-Shirt mit Hitler-Bild und dem Aufdruck "European Tour 1939-45" sowie eine Auflistung der von der Nazi-Armee über-



fallenen Länder. Dazu gehörte dann auch der "Deutsche Gruß" sowie Beschimpfungen der Puppe mit Ausdrücken wie "Judensau", "Drecksjude" und ähnlichem.

Aufgrund der Fotos waren die vier Beamten geständig. Die Jugendlichen konnten sich im Zeugenstand dagegen an fast gar nichts mehr erinnern. Es wurde nach ihren Angaben lediglich viel gesoffen und über Frauen und die Arbeit gesprochen, dazu Disco-Musik gehört - halt eine "ganz normale Party".

Die Verteidiger der vier nahmen ihre Mandanten in Schutz: alle wollten nur einmal einen etwas ausgefallenen "Männerabend" verbringen. Keiner der vier sei ein Neonazi. Alle waren sich über ihr NS-Treiben überhaupt nicht bewußt, seien sie doch alle in Schule und Ausbildung überhaupt nicht über die Zeit des Nationalsozialismus aufgeklärt worden.

Richter Witt schenkte diesen Ausführungen keinen Glauben. Er verurteilte die beiden 22-jährigen Stephan Sch. aus Scharbeutz und Axel Behrends aus Klingberg-Scharbeutz (bei ihm fand die "Party" statt) zu zwei Monaten Haft, ausgesetzt auf zwei Jahre zur Bewährung. Der 21-jährige Stefan K. aus Ahrensbök erhielt eine Freiheitsstrafe von zwei Monaten und zwei Wochen, ebenfalls mit zweijähriger Bewährungsfrist. Das höhere Strafmaß erklärt sich dadurch, daß bei ihm bei einer Hausdurchsuchung eine Waffe gefunden wurde, für die er keine Waffenbesitzkarte hatte. Der 23-jährige Dirk Beinert kam mit 350,-DM Geldstrafe am glimpflichsten davon. Das Gericht ging davon aus, daß er von den anderen Angeklagten "mitgerissen" worden sei. Alle vier müssen zudem eine Geldbuße von je 1000,-DM an eine deutsch-jüdische Einrichtung zahlen.

Alle vier werden voraussichtlich in die Berufung gehen, so daß dann vor dem Landgericht Lübeck erneut verhandelt werden muß. Seit Mitte Juli sind sie vom Dienst suspendiert. Gegen alle läuft ein Disziplinarverfahren. Ihnen droht die Entlassung aus dem Polizeidienst. Ihre Bezüge wurden inzwischen ebenfalls auf knapp über 1000,-DM gekürzt.

Makaber, daß der Ahrensböker K. noch im Mai vor der Holstenhalle in Neumünster am Steuer eines polizeilichen Wasserwerfers saß, der gegen eine Großdemonstration eingesetzt wurde, die gegen eine DVU-Veranstaltung mit deren Vorsitzenden Frey protestierte. K. der in Ahrensbök Kampfsport betreibt, erwägt den Übertritt in die Fremdenlegion, sollte das Urteil Bestand haben und die Entlassung aus dem Polizeidienst damit unabwendbar werden.

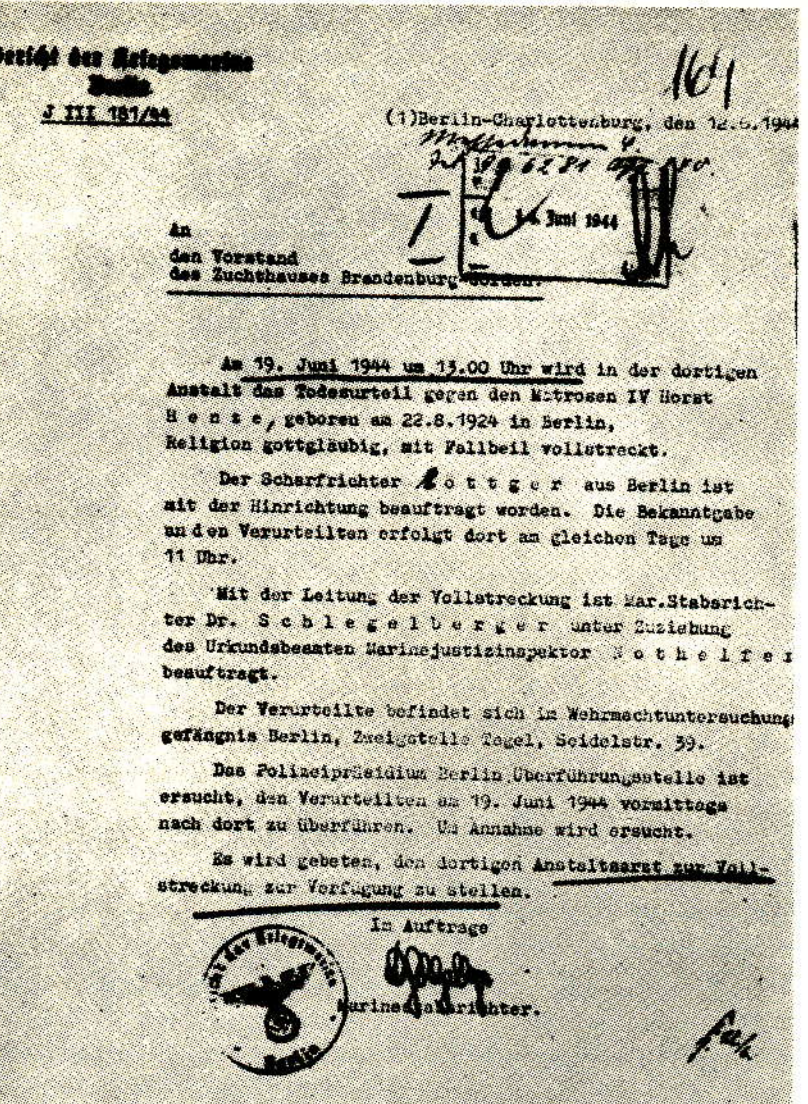
Traurig, daß die Polizisten überhaupt nur auf die Anklagebank kamen, weil zum Tatzeitpunkt zwei damals Minderjährige in das NS-Treiben einbezogen wurden. Andernfalls sei solch ein Verhalten schlicht "Privatvergnügen", das rechtlich nicht belangt werden könne, so Richter Witt und Staatsanwalt Sönke Sela. Witt folgte im übrigen den Strafzumessungsforderungen des Staatsanwalts.

Bleibt anzumerken, daß die beiden ach so "verführten" Jugendlichen André H. und Michael S. bereits vor der sogenannten "Deutschen Party" in rechtsextremistischen Kreisen verkehrten.

Der Fall Schlegelberger

Einst Marine-Richter bei den Nazis, später Finanz- und Innenminister in einer schleswig-holsteinischen CDU-Landesregierung, heute Präsident des Deutschen Roten Kreuzes - die Karriere von Hartwig Schlegelberger; eine von unzähligen ähnlichen Karrieren in der Nachkriegsgeschichte der Bundesrepublik.

Schlegelberger war nach dem Jura-Studium der Nazi-Justiz zu Diensten. Nach eigenen Angaben hatte er "das Glück in der Marinejustiz Dienst tun zu können". Weniger glücklich war das Wirken Hartwig Schlegelbergers allerdings für diejenigen, die ihn als Ankläger oder Richter erleben mußten:



Gericht der Kriegsmarine
Berlin
J III 181/44

(1)Berlin-Charlottenburg, den 12.6.1944

14. Juni 1944

An
den Vorstand
des Zuchthauses Brandenburg-Görden.

Am 19. Juni 1944 um 13.00 Uhr wird in der dortigen Anstalt das Todesurteil gegen den Matrosen IV Horst H e n z e, geboren am 22.8.1924 in Berlin, Religion gottgläubig, mit Fallbeil vollstreckt.

Der Scharfrichter R o t t g e r aus Berlin ist mit der Hinrichtung beauftragt worden. Die Bekanntgabe an den Verurteilten erfolgt dort am gleichen Tage um 11 Uhr.

Mit der Leitung der Vollstreckung ist Mar.Stabsrichter Dr. S c h l e g e l b e r g e r unter Zuziehung des Urkundsbeamten Marinejustizinspektor N o t h e l f e r beauftragt.

Der Verurteilte befindet sich im Wehrmachtuntersuchungsgefängnis Berlin, Zweigstelle Tegel, Seidelstr. 39.

Das Polizeipräsidium Berlin Überführungsstelle ist ersucht, den Verurteilten am 19. Juni 1944 vormittags nach dort zu überführen. Um Annahme wird ersucht.

Es wird gebeten, den dortigen Anstaltsarzt zur Vollstreckung zur Verfügung zu stellen.

Im Auftrage

Marinestabsrichter.

- Eine 17-jährige Marinehelferin, die nach heftigen Bombenangriffen auf Berlin ein Hitler Bild mit den Worten "Dem haben wir das alles zu verdanken" zerreißt, verurteilt er zu einem Jahr Gefängnis.
- Ein Marineartillerist wird zu ebenfalls einem Jahr Gefängnis verurteilt, weil er sich wegen eines Arztbesuches einen Tag von seiner Arbeitsstelle entfernt hatte.
- 1944 ist Schlegelberger als Ankläger tätig.Ein Soldat hatte sich leicht angetrunken gegen die Nazis geäußert: 7 Jahre Haft.
- Im April 1944 fordert Schlegelberger die Todesstrafe für einen 21-jährigen Marinegefreiten, der sich zeitweise dem Töten entzogen hatte. Der Mann wurde wegen "Zersetzung der Wehrkraft" zum Tode verurteilt.

Als Marinestabsrichter nahm Schlegelberger selbst auch an Hinrichtungen teil wie das abgedruckte Dokument zeigt.

Hartwig Schlegelberger wurde für seine Taten nie belangt; obwohl ein Teil seiner Tätigkeit 1963 in der Öffentlichkeit bekannt wurde, kam es zu keiner Anklage; der zuständige Leitende Oberstaatsanwalt der Kieler Staatsanwaltschaft Ernst Thamm verzichtete darauf. Ein Schalk, wer dabei daran denkt, daß Thamm während des Krieges Richter am Sondergericht war und selbst mehrfach die Todesstrafe beantragt hat!

Stattdessen machte Hartwig S. Karriere. Nachdem er der CDU beigetreten war, zog er 1958 für diese Partei in den Landtag ein und wurde trotz der beschriebenen Vorwürfe umstandslos vom Finanz- zum Innenminister gemacht. In dieser Funktion galt sein besonderes Interesse dem Ausbau des "Zivilschutzes" für den "Katastrophen- und Kriegsfall". 1968 ließ Schlegelberger als Amtschef des Verfassungsschutzes per Zeitungsannonce Spitzel suchen, die den Kieler SDS (Sozialistischer Deutscher Studentenbund) aushorchen sollten.

Franz Schlegelberger, der Vater des Marinerichters, war übrigens als Staatssekretär im Nazi-Justizministerium tätig, das er 1941 vorübergehend sogar leitete. In dieser Funktion beraumte er für den 23./24. April 1941 im "Haus des Fliegers" in der Berliner Prinz-Albrecht-Straße eine Konferenz an, auf der er das "Führerkorps der beamteten Justiz" in die laufenden Ausrottungsmethoden und -maßnahmeneinweihte. Irgendwelche Proteste erhoben sich nicht.

Franz Schlegelberger war zudem Erfinder der sogenannten "Führerinformation", die Adolf Hitler und andere Nazi-Größen über "zeittypische Urteile" auf dem Laufenden halten sollte. In der "Führerinformation Nr.66" heißt es z.B.: "Das besondere Polenstrafrecht ermöglicht nunmehr auch die Bestrafung des Polen, der die Ehre der deutschen Frau dadurch angreift, daß er mit einer Deutschen in deren Einverständnis geschlechtlich verkehrt. In einem solchen Fall hat jetzt das Sondergericht in Stuttgart ein Todesurteil

gefällt." Aus der "Führerinformation Nr.95" (Juli 1942): "Es ist mißlich, daß die Juden gegen Strafurteile eines deutschen Gerichts Rechtsmittel einlegen können. Einer Anregung des Reichspropagandaministers folgend, habe ich daher einen Entwurf ausgearbeitet, der das unmöglich macht."

Als ranghöchster Angeklagter der Nazi-Justiz stand Franz Schlegelberger Ende 1947 vor dem Gericht, das über die Nazi-Kriegsverbrechen zu urteilen hatte. Es verurteilte ihn zu lebenslänglichem Zuchthaus; von dieser Strafe saß er jedoch nur wenige Jahre ab. Bereits 1950 wurde er entlassen; nach seinem Umzug nach Flensburg wurde er dort im Rahmen eines Entnazifizierungsverfahrens in die Kategorie V (= nicht vorbelastet) (!!!) eingeordnet und erhielt lange Jahre die für damalige Verhältnisse fürstliche und auch heute noch stattliche Pension von monatlich 2894,08 DM.

(Weitere Informationen über solch typische Karrieren finden Interessierte in: Jörg Friedrich, "Die kalte Amnestie", Fischer-TB 4308 sowie speziell für Schleswig-Holstein: "Von der NSDAP zur CDU. Politische Karrieren in Schleswig-Holstein", Broschüre von 1979)

Neues Ausländergesetz-Eindeutschen oder Raus

Nach der sog. "Wende" wurde die Schaffung eines neuen Ausländergesetzes als eines der vorrangigsten Ziele propagiert. Seitdem gab es auch schon mehrere Entwürfe, die aus unterschiedlichsten Gründen aber immer wieder in der Schublade verschwanden. Seit Mitte dieses Jahres liegt nun aus dem Hause Zimmermann & Co. ein neuer Entwurf vor, dessen rassistischer Gehalt alles bisher dagewesene übertrifft. Ob dieser Entwurf so durchgeht, ist nicht sicher, hängt aber wohl entscheident davon ab, ob sich dagegen ein genügend starker Widerstand entwickelt.

Begründung: Unverblühmter Rassismus

In der Begründung zum Gesetzentwurf wird in aller Offenheit der rassistische Hintergrund der deutschen "Ausländerpolitik" formuliert: "Die Entscheidung, ob und in welchem Umfang AusländerInnen der dauerhafte Aufenthalt im Bundesgebiet ermöglicht werden soll", sei "eine Frage des Selbstverständnisses der Bundesrepublik als eines deutschen Staates". Die fortlaufende Zuwanderung von AusländerInnen bedeute "den Verzicht auf die Homogenität der Gesellschaft"; die "gemeinsamme deutsche Geschichte, Tradition, Sprache und Kultur" verlören "ihre einigende und prägende Kraft", daher müsse "im nationalen Interesse" einer weiteren Zuwanderung "schon im Ansatz begegnet werden". Neben der "Bewahrung des nationalen Charakters" werden die "ungelöste nationale Frage der Deutschen" und die "Bewahrung des inneren Friedens" als weitere Gründe für die Abschottung gegen alles "Fremde" herangezogen. Um dieses zu erreichen, wird nun das Ausländerrecht in zwei Teile gegliedert: Das



Ausländerintegrationsgesetz (AIG) und das Ausländeraufenthaltsgesetz (AAG).

Das Ausländerintegrationsgesetz

Dem Anspruch nach soll das AIG vor allen den ArbeitsimigrantInnen, die vor 1973 massiv angeworben worden, einen gesicherten Daueraufenthaltsstatus sichern. Im Einzelnen zeigt sich jedoch, daß die Erlangung eines gesicherten Daueraufenthaltes an zahlreiche weitere Voraussetzungen geknüpft wird. Unter diese Regelung fallen nämlich nur diejenigen, die seit mindestens acht Jahren eine sozialversicherungspflichtige Erwerbstätigkeit ausgeübt haben. Damit fallen alle diejenigen heraus, die als Flüchtlinge, StudentInnen oder ArbeiterInnen in befristeten Arbeitsverhältnissen in die BRD eingereist sind. Kriterien für eine Versagung der unbefristeten Arbeitserlaubnis können im Übrigen der Bezug von Sozialhilfe, Obdachlosigkeit oder eine "unzureichende Wohnung", "ungenügende Sprachkenntnisse", "Auflösung der häuslichen Gemeinschaft" u.a. sein. Damit wird der/dem Ausländer/in im Prinzip vorgeschrieben, wie sie/er zu leben hat und dies ist auch der eigentliche Kern des AIG: Laut Gesetzesbegründung heißt "Integration" nämlich, daß es der/dem AusländerIn obliegt, "sich in die rechtliche, soziale und wirtschaftliche Ordnung der BRD einzufügen, die hiesigen kulturellen und politischen Wertvorstellungen zu respektieren und sich nicht gegen ihre deutsche Umwelt zu verschließen." Hier wird also ganz klar der Anspruch auf Eindeutschung der Einwanderer erhoben: Wer dies nicht will, sondern seine eigene kulturelle Identität bewahren möchte, der soll gehen!

Das Ausländeraufenthaltsgesetz

Das AAG soll für alle AusländerInnen gelten, die nicht unter das AIG fallen oder erst nach Inkrafttreten dieses Ge-

setzes einreisen. Das AIG differenziert zwischen fünf verschiedenen Aufenthaltstiteln: Die Aufenthaltserlaubnis, die Aufenthaltsberechtigung, die Aufenthaltsbewilligung, die Aufenthaltsgestattung und die Familienaufenthaltsgenehmigung. Abgesehen von der Aufenthaltsberechtigung (sie erhält,wer mindestens fünf Jahre eine unbefristete Aufenthaltserlaubnis besitzt und mindestens 10 Jahre rechtmäßig erwerbstätig war), werden alle Aufenthaltstitel von vornherein nur befristet oder zweckgebunden erteilt. Im Übrigen gilt für die Vergabe aller Aufenthaltstitel, daß die BRD "nach Maßgabe ihrer Interessen" über den Aufenthalt entscheidet. Diese "öffentlichen Interessen" hätten Vorrang gegenüber den "schutzwürdigen Belangen" des/der AusländerIn. Dabei bestehe eine "Pflicht zur Ermittlung außerhalb des Bundesgebietes gelegener Sachverhalte nicht", was heißt, daß westdeutsche Gerichte nicht verpflichtet seien, etwa Fluchtgründe in den Herkunftsländern zu ermitteln.

Für politische Flüchtlinge bedeutsam ist ferner, daß das AAG auch internationale völkerrechtliche Vereinbarungen umgeht (Genfer Flüchtlingskonvention, Anti-Folter-Konvention u.a.). Der Anwendungsbereich dieses Gesetzes soll zwar von anderen zwischenstaatlichen Vereinbarungen unberührt bleiben, aber nur "soweit in diesem Gesetz die unmittelbare Anwendbarkeit ausdrücklich bestimmt ist". D.h.: Völkervertragliche Vereinbarungen finden nur dann Anwendung, wenn es ausdrücklich im Gesetz steht, ansonsten braucht sich die BRD nicht daran zu halten. Dies ist insofern bedeutsam, als internationale Abkommen gegenüber der BRD-Asylpraxis eine gewisse Schutzfunktion ausüben (so verbietet die Anti-Folter-Konvention Abschiebungen, westdeutsche Gerichte erkennen Folter aber nicht als Asylgrund an).

Faktisches Politikverbot für AusländerInnen

Weiter enthält das AAG- und das betrifft besonders politische Flüchtlige- umfangreiche Regelungen für das Verbot politischer Betätigung. So ist eine politische Betätigung verboten, "1. die gegen die freiheitlich demokratische Grundordnung gerichtet ist oder die Sicherheit der BRD gefährdet, 2. die dem Inhalt der allgemeinen Regeln des Völkerrechts widerspricht, 3.gegen die Rechtsordnung der BRD verstößt oder mit Rechtsverstößen insbesondere mit der Anwendung von Gewalt verbunden ist, 4.die Gewaltanwendung als Mittel zur Durchsetzung politischer, religiöser oder sonstiger Belange öffentlich unterstützt, befürwortet oder hervorzurufen bezweckt oder geeignet ist 5. die Vereinigungen, politische Bewegungen oder Gruppen innerhalb oder außerhalb des Bundesgebiets unterstützt, die im Bundesgebiet Anschläge gegen Personen oder Sachen oder außerhalb des Bundesgebiets Anschläge gegen Deutsche oder deutsche Einrichtungen befürwortet oder angedroht haben, 6. die bestimmt ist, Parteien, andere Vereinigungen, Einrichtungen oder Bestrebungen außerhalb des Bundesgebiets zu fördern, deren Ziel oder Mittel mit den Grundwerten einer die Würde des Menschen achtenden staatlichen Ordnung unvereinbar sind."

Durch die Unbestimmtheit dieser Begriffe wird einer politischen Willkür Tür und Tor geöffnet. Dies wird auch daran deutlich, daß politische Tätigkeiten ferner verboten werden können, "wenn sie außenpolitischen Interessen der BRD zuwiderlaufen". Insgesamt heißt das, daß AusländerInnen immer dann ein politischer Maulkorb vorgehängt werden kann, wenn dies dem westdeutschen Staat so paßt. Politische Tätigkeit kann für AusländerInnen damit zum unkalkulierbaren Risiko werden, insbesondere weil eine verbotene politische Betätigung zur Ausweisung führen kann.

Für rechtliche Gleichstellung

Gegen die rassistische Unterdrückung der hier eingewanderten Minderheiten, wie sie in der Ausländergesetzgebung deutlich wird, muß dafür gekämpft werden, daß alle Menschen die hier leben, auch die gleichen Rechte haben. Abgewehrt werden müssen insbesondere Anforderungen nach vorheriger "Integration", sondern die BRD muß als das anerkannt werden, was sie faktisch auch ist: Ein Einwanderungsland mit multikultureller Gesellschaft.

Übernommen aus der Zeitung der Roten Hilfe - 11/12 1989

Anthropologie in Kiel - ein sauberer Name für Rassenhygiene

"Eine biologische Belastung oder Gefahr, die die Asozialen darstellen, wird von Seiten der Rassenhygieniker darin gesehen, daß sie sich mit sozial Vollwertigen vermischen. Sie wachsen in gesunde Sippen hinein, und belasten sie mit ihrem negativen Erbgut (...). Nicht selten bieten diese Mädchen einen gewissen Reiz durch das Buntschillernde, stets Wechselnde und zunächst Undurchsichtige ihres Wesens, das auf viele, besonders einfache, gradlinige Menschen den Reiz des Fremdartigen ausübt und Interesse weckt. Wenn dann noch ein sexuell betonter Reiz hinzutritt, kommt es gelegentlich zu Verbindungen zwischen sozialen und asozialen Partnern, die zu einer Weitertragung des negativen Erbguts des Asozialen führen." 1

Zunächst eine kleine Quizfrage: Stammt das Zitat von:
a)1933
b)1933-45
c)nach 1945 ?

Auflösung: Es stammt von 1960 und ist aus der Habilitationsarbeit von Prof. Dr. Dr. Hans - Wilhelm Jürgens, Direktor des Anthropologischen Instituts der Universität Kiel, Mitherausgeber anthropologischer Fachzeitschriften und Berater des Bundesministeriums für Jugend, Familie und Gesundheit unter Baum (FDP). In seiner Habilitationsschrift "Asozialität als biologisches und sozialbiologisches Problem" versucht er nachzuweisen, daß Menschen nicht aus sozial- gesellschaftlichen Notlagen heraus "asozial" werden, sondern durch Vererbung asozial sind. Die Ähnlichkeiten seiner Machwerke in Inhalt und Sprache mit denen der Nazis auf diesem Gebiet kommen allerdings nicht von Ungefähr: Jürgens lernte bei Johann Schäuble, einem Vertreter der alten Rassenforschung und Schüler von Eugen Fischer, dem führenden NS-Rassenhygieniker und -Eugeniker. So beruft er sich denn in seinen Arbeiten fast ausschließlich auf "Forschungsergebnisse" der faschistischen Rassenhygieniker, die mit ihrem rassistischen Gedankengut den Grundstock legten für Auslese und Ausmerze in KZ's und psychatrischen "Heilanstalten". In dieser Tradition schlägt Herr Jürgens folgendes vor: "In Anbetracht der äußerst komplizierten Struktur eines Wohlfahrtsstaates muß es als utopisch erscheinen, sich mit defensiven Maßnahmen gegen eine Gruppe zu wenden, die - und zwar in negativer Beziehung - vielfach in vollkommener Weise diesen Strukturen angepasst ist. Es wird also erforderlich, die Asozialität zu bekämpfen. Die Bekämpfung wird sich, auf lange Sicht gesehen, nicht auf fürsorgerische und pädagogische Maßnahmen beschränken. Die Forderung einer wirksamen Begrenzung und Ausschaltung des Nachwuchses der Asozialen wird daher immer wieder auftauchen."[2] Und so möchte Herr Jürgens das Problem der Asozialität bekämpfen: "Im Zuge der Aufklärung weiter Volkskreise (...) (wird)[3] in einigen Generationen auch die zwangsweise Sterilisation für jeden Kulturstaat ähnlich selbstverständlich sein, wie gegenwärtig der Impfzwang."[4]
Zwangssterilisation - das hatten wir doch schon mal?!!!

Stellt sich nun die Frage, wer sind diese geheimnisvollen "Asozialen"? Herr Jürgens sieht durchaus, daß es Menschen gibt, die auf Grund umweltbedingter Faktoren (Arbeitslosigkeit, Arbeitsunfälle, Wohnungsnot etc.) "asozial" handeln. Allerdings handelt es sich seiner Meinung nach bei ihnen nur um einige, wenige, einzelne. Bei dem großen Heer der "nicht resozialisierbaren Asozialen" dagegen liegt es an den schlechten Genen. Das ist praktisch, weil weder beweis- noch widerlegbar. Es ist doppelt praktisch, weil ein Rückzug auf die Gene eine Änderung der ökonomischen Verhältnisse nicht notwendig macht. Wer "asozial" ist, weil die Gene es so wollen, der/dem kann auch nicht geholfen werden, indem man ihr/ihm menschenwürdige Arbeit und eine angemessene Wohnung gibt. Warum also noch (Sozialhilfe) zahlen? Wie aber ermittelt der werte Wissenschaftler den "unwerten Asozialen"? Hierbei gibt es zwei Möglichkeiten:

1) die anthropometische Methode, d.h. Schädelbreite messen, Ohren messen, Stirnneigungswinkel messen, Schwanz messen. Eigentlich eine nette Beschäftigungstherapie aber - diese Methode brachte dem fleißigen Meßlehrer keine "Trennung von Studenten und Hilfsarbeitern".

Bleibt also noch:
2) das sogenannte Schauverfahren. Man blickt den Sozialtypus ein paar mal wissenschaftlich von oben bis unten an: Körpergröße, Mundgröße, Schuhgröße, Nase, Mund, Stirn, Bart oder Busen, alles soweit normal - aber - na? Genau! Es ist etwas, was wir mit messen allein nicht messen können, und doch, da ist es: sie /er "macht einen dummen Eindruck". Soweit so schlecht. Herr Jürgens hat nicht nur sein Professorenstück angefertigt, er ist einer der international anerkanntesten Anthropologen.

Werfen wir also einen Blick auf seine sonstigen Aktivitäten:
Nachdem er für seine Habil-Arbeit Schleswig-Holsteiner ausgemessen hatte (mit kräftiger Mithilfe der Kieler Sozialbehörden), zog es ihn hinaus in die weite Welt, z.B.: nach Tansania, um dort 7500 Personen auf Rassen- und Degenerationsmerkmale zu vermessen. 1969 vermaß er die Schweden, um einen Zusammenhang zwischen Gesichtsmaßen und Berufswahl herauszufinden. Auf seinen Meßzügen kam er zu dem Schluß, daß es zu wenig Deutsche, aber viel zu viele Ausländer - gerade im Ausland- gäbe. So empfiehlt Jürgens z.B. 1977 in Bangladesh einfache "Tauschwirtschaft": Ich gebe dir etwas zu Essen, wenn du dich vorher sterilisieren läßt. Reisen tat er übrigens als Gutachter für die Gesellschaft für technische Zusammenarbeit (GTZ). Massensterilisation gegen Nahrungsmittel ist in Bangladesh bis heute praxis. Mitte der 70-er Jahre wurde Jürgens 1.Direktor des Bundesinstitutes für Bevölkerungsfragen in Wiesbaden (mit dem Zugriff auf Rechner und Material des Statistischen Bundesamtes). Er untersucht in dieser Zeit das Problem des nationalen Geburten-

rückgangs (Stichwort: "Die Deutschen sterben aus"). Um dem zu begegnen, entwickelt er das Modell der "Berufsmutter" im Staatsdienst - Kinderbeamtin. Anforderungen: gute Allgemeinbildung, Berufsausbildung, 4-5 Kinder. Als Staatsdienerin dem Beamtengesetz unterworfen und auf das Grundgesetz vereidigt.
Ausländerinnen werden natürlich von diesem Modell ausgeschlossen, denn deren Fruchtbarkeitsrate ist seiner Ansicht nach sowieso zu hoch. Für ausländische ArbeitnehmerInnen schlägt er ein Rotationsmodell vor: befristete Arbeitsverträge, keine Zuzugsgenehmigung für Angehörige, Ausweisung bei Arbeitslosigkeit. Dagegen hat er mit den Ausländerinnen folgendes vor: 1986 schlägt er in einem Zeitungsbericht den Import von Frauen aus der sogenannten "Dritten Welt" vor, um den Männerüberschuß hier zu befried(ig)en.
Auch alte Menschen bleiben von seinen Entvölkerungsträumen nicht verschont. 1985 fordert Herr Jürgens auf einer Tagung der Jungius-Gesellschaft, "angesichts des Altenberges", man müsse den Tod zur Disposition stelle. "Auch die Eskimos setzen ihre Alten aus".
In seinen Vorlesungen gibt er sich humoresk und populärwissenschaftlich. Unter Verwendung von Bildmaterialien, die denen der Nazis mehr als verblüffend ähneln, und kleinen "Scherzen" wie:"Wir sind doch alle Defektmutanten" oder "Kennen sie den Unterschied zwischen einem schwarzen und einem weißen Golf bei Sonneneinstrahlung?" (Es handelte sich um einen Vortrag über Transpirationsunterschiede bei Menschen verschiedener Hautfarben) verbreitet er seine rassistischen Ideen an der Universität. Verschleiert wird, daß es ihm weniger um die "Lehre vom Menschen" (Anthropologie) geht, als um die "Lehre" von der Vernichtung sogenannten "unwerten" Lebens.

[1] aus:H.W. Jürgens:"Asozialität als biologisches und sozialbiologisches Problem " 1960
[2] ebenda
[3] Sinngemäße Einfügung der Verfasserin
[4] Jürgens: "Asozialität als biologisches und sozialbiologisches Problem" 1960

Georg von Rauch - "Vermittler zwischen den Welten?"

Als "Vermittler zwischen den Welten" priesen die "Kieler Nachrichten" in ihrer Ausgabe vom 12. August den Geschichtswissenschaftler Georg von Rauch. Mehrsprachigkeit, Toleranz und Weltoffenheit verbänden sich im Gründer des 1968 geschaffenen Instituts für Osteuropäische Geschichte an der Universität Kiel, dem in seinem Leben nichts wichtiger gewesen sei als die Verständigung zwischen "Deutschland" und "Rußland".

Der Tenor dieser Würdigung freilich ist ein starkes Stück, gehörte von Rauch doch neben Gerhard Ritter, Herrmann Aubin und anderen zu denjenigen "Ostforschern", die sich willfährig in den Dienst der Nazi-Verbrecher stellten.

Den 1904 in Estland geborenen zog es 1940 an die sogenannte Reichsuniversität in Posen, wo er in der "Reichsstiftung für die deutsche Ostforschung" , die von der SS maßgeblich beeinflusst wurde, als "Sonderführer" tätig war. Sein angeblich wissenschaftliches Interesse an der Geschichte der baltischen Länder machte folgende Äußerung aus dem Jahre 1940 deutlich :"Über den Zusammenbruch des ersten Reiches im Zeitalter Napoleons hinaus erlebten sie (die Deutschen in Lettland und Estland - Atze) die Einigung des kleindeutschen zweiten Reiches durch Bismarck mit wacher und freudiger Anteilnahme, um durch die Errichtung des großdeutschen dritten Reiches Adolf Hitlers in eine aufwühlende, völkische Erregung und Erwartung versetzt zu werden, die nach schweren Jahren des Ringens und Suchens nach einer neuen politischen Sinngebung und eines aussichtslosen Existenzkampfes die Rücksiedlung nach Deutschland und damit eine neue Berufung bringen sollte." (Deutsches Archiv für Landes- und Volksforschung, 1940, S.473).

Den Überfall der Nazi-Wehrmacht auf die Sowjetunion versuchte von Rauch zu rechtfertigen, in dem er beispielsweise das Gebiet zwischen Peipus- und Ilmensee südlich von Leningrad als "germanisches Kraftfeld" bezeichnete, von dem aus immer wieder "Wellen des nordischen Elements" der geschichtlichen Entwicklung Rußlands Hauptimpulse gegeben hätten. Zu diesen "Wellen" zählt von Rauch auch die deutschen Truppen, die 1918 auf Seiten der Konterrevolutionäre in die Auseinandersetzungen in der Sowjetunion eingriffen (vgl. "Volk und Reich", 1941, S. 818 ff).

Einige der von Rauch geschriebenen Bücher - "Geschichte der Sowjetunion" (1955) oder "Geschichte der baltischen Staaten" (1970) - gelten heute als Standartwerke; auch in dieser Zeit schreibt er noch vom heilsbringenden Charakter "westlicher Elemente" als Gegengewicht zu den "barbarisch-dämonischen Gewalten" des "russischen Geistes" (Archiv für Kulturgeschichte, 1953, S. 231). Also immer noch "nordische Herrenmenschen" und "östliche Steppenmenschen" ??

Wahrlich, ein schöner "Vermittler zwischen den Welten"!

1. September in Kiel - Auch ein "Antifaschistischer Aktionstag"

Über 100 Jugendliche beteiligten sich am 1.9.89 am Aktionstag des Kieler Jugendamtes. Zunächst wurden an vier Stellen Nazi-Symbole und ausländerfeindliche Schmierereien übermalt und statt dessen antifaschistische Aussagen angebracht; nach einer kurzen Pause zum Essen schlug der Vortrag des ehemaligen "Edelweisspiraten" Kurt Piehl, der extra aus dem Ruhrgebiet angereist war, viele in seinen Bann. Insgesamt ein Aktionstag der zur Nachahmung ermuntert.



Konfrontiert mit rassistischen Äußerungen und Aktivitäten in einigen Jugendtreffs und alarmiert durch den hohen Anteil junger Wähler bei den Wahlerfolgen neofaschistischer Parteien seit Beginn dieses Jahres hatte es bereits im Frühjahr ein Treffen von MitarbeiterInnen der städtischen Jugendtreffs gegeben. Bei dieser Gelegenheit fand auch ein Austausch mit antifaschistischen Initiativen statt. In den Sommermonaten kristallisierte sich dann das Konzept für den Aktionstag heraus: neben einem action-Teil, bei dem Jugendliche selbst aktiv werden konnten, sollte auch in ansprechender Form konkretes Wissen über die Nazi-Diktatur und den Widerstand vermittelt werden. In diesem Zusammenhang bot sich der Anti-Kriegstag am 1. September als Veranstaltungstermin geradezu an.

Übermalaktion ...

Ausländerfeindliche Schmierereien und Nazi-Symbole sind im Kieler Stadtbild keine Seltenheit; mit Filzstift auf Lichtmasten oder Verkehrsschilder gekritzelt, in das Holz von Spielgeräten auf öffentlichen Kinderspielplätzen geritzt oder mit Spraydose großflächig auf Hauswände gesprüht - meist bleiben diese Zeugnisse undemokratischer Gesinnung monatelang sichtbar und prägen so das Klima der Stadt mit.

Dies gilt besonders dort, wo solche Parolen und Zeichen massiv auftauchen. Dieser Gesichtspunkt spielte bei der Auswahl der Orte, an denen übermalt werden sollte, eine wichtige Rolle. Am 1. September fuhren dann Jugendliche in Fahrzeugen der Stadt Kiel, ausgerüstet mit blauer und grauer Farbe und unzähligen Pinseln nach Wellingdorf, Elmschenhagen, Mettenhof und zur Fußgängerbrücke über die B4/B404.

Diese Brücke war über und über mit ausländerfeindlichen Parolen und faschistischen Zeichen beschmiert und zudem in den letzten Wochen ins Gerede gekommen, da sich dort eine Gruppe von Jugendlichen trifft, die mit ihren Nazi-Parolen und Anpöbeleien viele in der Nähe wohnende Menschen in Angst versetzt. Viele fleißige Hänbde malten die Brücke wieder blau an und nach einer kurzen Wartezeit zum Trocknen der Farbe kamen die extra für diese Aktion gefertigten Sprühschablonen zum Einsatz; statt "Türken ins KZ" stand nun dutzendfach "Gemeinsam gegen Neofaschismus und Ausländerfeindlichkeit" an der Brücke. Eine eindeutige Aussage, die zudem auf Zustimmung vorbeikommender Anwohner stieß.

Im Stadtteil Mettenhof, in dem besonders die rechtsterroristische FAP ihr Unwesen treibt, wurden ebenfalls Parolen übermalt. Dorthin fuhr eine Gruppe Mädchen und Frauen, deren Kern aus Kieler Mädchentreffs kam. Alle Teilnehmerinnen dieser Gruppe kamen mit dem Gefühl zurück, eine sinnvolle und gelungene Aktion durchgeführt zu haben.

Am Bunker am Schützenwall durften im Rahmen dieser Aktion keine faschistischen Schmierereien übermalt werden; trotz intensiver Bemühungen kann von der zuständigen Bundesbehörde kein grünes Licht gegeben werden. Ob man dort mit dem Inhalt der zum Teil antisemitischen Schmierereien einverstanden ist? Oder ist es - schlimm genug - einfach Gedankenlosigkeit? Diese kann zumindest den jungen AntifaschistInnen nicht nachgesagt werden, die in Eigeninitiative dafür sorgten, daß auch am Bunker die ausländerfeindlichen Schmierereien unkenntlich gemacht wurden. Die Übermalaktion kam bei den beteiligten Jugendlichen sehr gut an; sie hat wie geplant dazu beigetragen, daß0 ein Teil dieser Parolen verschwunden ist. Aber es bleibt die Aufgabe der Stadt Kiel und der jeweiligen Hauseigentümer sofort nach deren Erscheinen aus eigenem Antrieb für die Beseitigung von rassistischen Parolen und Nazi-Symbolen zu sorgen!

...und wohlverdiente Pause

Nach und nach kehrten die ausgeschwärmten Gruppen zurück; einige spazierten zum in der Nähe gelegenen "Initiativenzentrum im Königsweg", wo eine Gruppe Jugendlicher eine große, weithin sichtbare Scheibe mit dem Motto der Aktion "Gemeinsam gegen Faschismus und Ausländerfeindlichkeit" an der Hauswand befestigt hatte; andere saßen auf dem Hof der "Kurbel" und aßen Kebab oder schauten sich eine der drei aufgebauten Ausstellungen an. Neben der Ausstellung der VVN/BdA über den Neofaschismus in der Bundesrepublik fand besonders eine kommentierte Foto-Ausstellung über Nazi-Schmierereien im Kieler Stadtgebiet großes Interesse; fanden viele Jugendliche doch die Parolen wieder, die sie kurz vorher unter einer dicken Schicht Farbe hatten verschwinden lassen.
Nicht unerwähnt bleiben darf auch die Vorführung eines Videofilms, in dem sich türkische Jugendliche und Erwachsene zu ihrer Lebenssituation in der BRD äußern. Der Film war in den Wochen zuvor mit türkischen Jugendlichen im Jugendtreff Nord gemacht und später um Interviews ergänzt worden.

Ein "Edelweißpirat erzählt"

Den Abschluß des Aktionstags bildeten die Erzählungen von Kurt Piehl. Als 15-jähriger schloß er sich 1943 den "Edelweißpiraten" an, einer der Gruppen von Jugendlichen, die sich dem umfassenden Herrschaftsanspruch der Nazis ind HJ (Hitlerjugend) nicht beugen wollten. Sein von persönlichen Erlebnissen geprägter Vortrag war keine soziologische Darstellung dieser Gruppen, die nicht selten Kontakt zu organisierten Widerstandskreisen suchten oder entflohene Kriegsgefangene unterstützten; vielmehr gelang es ihm, einen lebendigen Eindruck davon zu vermitteln, daß es mit der GESTAPO und der Nazi-Diktatur zu Auseinandersetzungen kam, weil sich diese Cliquen den Erfassungsversuchen zu entziehen versuchten. Und manchesmal gingen diese Auseinandersetzungen gar um Leben und Tod.

Im Vorfeld: Politische Querelen

Hat der Erfolg des Aktionstages die Kritiker verstummen lassen, so sah es kurz vor dem 1.September noch nicht so aus, als könne er programmgemäß durchgeführt werden. War von der CDU ohnehin keine Begeisterung zu erwarten gewesen, so wurden im Rahmen einer Magistratsdiskussion auch die Bedenken einiger SPD-VertreterInnen deutlich: Übermalen der ausländerfeindlichen und Nazi-Parolen ja, aber an ihre Stelle dann welche mit antifaschistischem Gehalt setzen, das ginge dann ja doch zu weit.
Das der gesamte Aktionstag dann doch wie geplant die politischen Entscheidungsgremien passieren konnte ist nicht zuletzt der nach Bekanntwerden der Magistratsdiskussion einsetzenden Solidarität zu verdanken. Neben dem Kieler Jugendring bekundeten auch der DGB-Kreisjugendausschuß und der DGB-Kreisvorsitzende Horst Herchenröder ("gutes Beispiel für Jugendarbeit in der Region") ihr Interesse an der Durchführung dieser Aktion öffentlich. So konnte denn dieser Antifaschistische Aktionstag ungehindert stattfinden. Alles andere wäre angesichts der 50.Wiederkehr des Nazideutschen Überfalls auf Polen auch nur peinlich gewesen.

(Diesen Artikel entnahmen wir dem "Kieler Antifaschist" der Zeitung der "Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes -Bund der Antifaschisten- Kiel" ;Nr.27, 27.September 89 - Vielen Dank)

Über den "hilflosen Antifaschismus" der SPD

Anmerkungen zu einem Positionspapier des SPD-Landesgeschäftsführers: "Wie die neuen Rechtsextremen und Neonazis bekämpfen?"

"Die SPD setzt auf inhaltliche Auseinandersetzung. Eine Politik der radikalen Ausgrenzung mit der Konsequenz des Parteienverbots steht nicht zur Debatte. Die Träger einer explizit ausländerfeindlichen und nationalistischen Politik werden hingenommen. Sie erhalten stillschweigend ihren Platz im Rahmen der parlamentarisch demokratischen Auseinandersetzung.
Die Alternative läge stattdessen in der Besinnung auf die antifaschistischen Wurzeln unserer Staatsgründung. Das Grundgesetz ist offen für alle möglichen politischen Wege und Lösungen. Mit einer Ausnahme: Faschistische und faschistoide Parteien sind verboten. (...) Wer dies ernstnimmt, muß ein Wiederaufleben faschistoider Politik radikal bekämpfen, auch durch Verruf und Tabuisierung. (...) Doch ausgerechnet da, wo Tabuisierung und Ausgrenzung politisch notwendig und verfassungsrechtlich geboten wären, fehlt offenkundig die erforderliche Sensibilität. Wer den Rückfall in völkische und - in diesem Fall - ausländerfeindliche Barbarei verhindern will, muß jedoch zu diesem Mittel demokratischer Abwehr greifen, im Interesse von Menschenwürde und Grundrechten und im Interesse unserer Demokratie. (...)
Republikaner, DVU und NPD sind eben nicht irgendwelche Parteien unter vielen. Dies im öffentlichen Bewußtsein zu verankern, ist auch die Aufgabe der Medien."
Wir fügen hinzu: und der verantwortlichen Politiker.
Diese Ausführungen von Detlef Hensche /1/, stellvertretender Vorsitzender der Industriegewerkschaft Medien (Druck und Papier, Publizistik und Kunst), haben uns gefallen. Wir stellen sie unserer Entgegnung auf das "Kindsmüller-Papier" voran, weil sie eine auch für zahlreiche SPD-Mitglieder gültige Gegenposition formulieren, und weil Hensche im Gegensatz zu Kindsmüller die Auseinandersetzung mit Faschisten in den richtigen Rahmen stellt.
Nicht: "Machen wir sie nicht zu Märtyrern".
Sondern: Machen wir sie nicht zu gleichberechtigten Gesprächspartnern!
Denn das ist eines ihrer Hauptziele, Mitvoraussetzung dafür, daß Faschismus (in neuem Gewande) in den Augen der Bevölkerung das wird, was er doch spätestens nach den Erfahrungen mit dem Faschismus an der Macht niemals wieder werden dürfte: eine denkbare, parlamentarisch legimitierte Alternative, gegen die man in der verbalen politischen Auseinandersetzung gewinnen oder auch verlieren kann. (In welch letzterem Fall man sich als "fairer Verlierer" zu zeigen hätte!?)

Sozialpolitik und Sozialarbeit: für Kindsmüller zentral...

"Die Sozialpolitik führt in der SPD, und das gilt auch für den Landesverband Schleswig-Holstein, ein trauriges Kümmerdasein", befindet Kindsmüller. Kein Widerspruch von unserer Seite.
Viele von uns erfahren das am eigenen Leibe und wehren sich dagegen. Kein Widerspruch auch dagegen, das zu ändern. (Wie Kindsmüller hier etwas ändern will, läßt er ganz offen; er will sich "befassen", "Kommissionen einsetzen", "thematisieren", "Diskussionsanstöße geben".)
Mit Sicherheit würde eine Sozialpolitik im weitesten Sinne, die "den Menschen Hoffnung gibt" (Kindsmüller), es den Faschisten erschweren, neuen Anhang zu finden, würde es ihnen erschweren Radikalisierungstendenzen, wie sie bei sozial Fallengelassenen und Jugendlichen ohne Zukunftsperspektive natürlicherweise entstehen, systemstabilisierend umzubiegen und gegen falsche Feindbilder zu lenken. Um "Opfer der kapitalistischen Krise und der konservativen Sozialpolitik" zu helfen, müßte sie sich wohl frontal gegen ihre Ursacher und Profiteure, gegen die kapitialstischen Grundlagen der Krisen und des Wirtschaftens überhaupt wenden und ebenso direkt gegen die konservativen Ideologen und Parteien. Wo etwa in der SPD und gar bei der von Engholm geführten Landesregierung Ansätze dazu zu finden wären, soll nicht Gegenstand dieser Entgegnung sein (ist aber allemal eine Diskussion wert).
Kindsmüller betont die Bedeutung der Sozialpolitik und legt besonderen Wert auf die Jugend. Seine Grundthesen dazu sind aber bereits falsch.
"Die rechtsextremen Parteien sind, was ihre Wählerschaft angeht, eine Jugendpartei...". Das ist, statistisch belegbar, barer Unsinn. Für Kindsmüller ist diese Bedeutung offenbar deshalb wichtig, weil er für die Auseinandersetzung mit dem Faschismus den sozialarbeiterischen Aspekt extrem in den Vordergrund stellt. Darüber hinaus sind die Jugendlichen, die von den "Republikanern" (und den anderen faschistischen Organisationen) gewonnen werden, absolut nicht nur die ohne Perspektive auf eine sozial abgesicherte Zukunft. Vereinfacht ausgedrückt: die Faschisten rekrutieren nicht nur an der Hauptschule, sondern auch an Gymnasien und Universitäten. Der Faschismus als Produkt fehlgeleiteter "Unterschichten", die Arbeiterschaft als Trägerin der faschistischen Idee - eine ebenso falsche wie gefährliche These, über die sich die wirklichen Nutznießer und Finanziers faschistischer Politik nur freuen können.

... aber nur ein Teil der Wirklichkeit

Kindsmüllers holprige Aneinanderreihung nebelhafter Vorhaben ersetzt nicht die Antwort auf die Frage, was da eigentlich vor sich geht am rechten Rand der Republik.
"Richtig ist, daß die CDU/CSU mit ihrer Sozialpolitik die Voraussetzung geschaffen haben ...". (Kindsmüller) Mit der Sozialpolitik. Aber nicht nur mit der Sozialpolitik.
"Wo Abwehrstrategien notwendig wären, stoßen wir auf Anerkennung und Legitimation. Bereits im Vorfeld (der

Europawahl, d.Verf.) haben CDU und CSU alles unternommen, um die Ausgrenzung ausländischer Mitbürger und die Aussperrung von Asylbewerbern zum legitimen Ziel offizieller Politik zu machen. Ausländerfeindliche Parolen sind kein Tabu mehr; Zimmermann, Spranger u.a. haben sie von den Biertischen und Toilettenwänden auf die Ebene der Gesetzesinitiativen gehoben. Die Früchte ernten die Republikaner."/2/

Das ist das "Wendeklima" der Unionsparteien, das ist die von ihnen versprochene "geistig-moralische Erneuerung" beim Versuch, den Kurs der verschärften Konfrontation mit den abhängig Beschäftigten und sozial Ausgegrenzten und ihren Organisationen, den Kurs des Abbaus demokratischer Rechte, des Ausbaus des Überwachungsstaates usw., wie er aus dem Unternehmerlager gefordert wurde, abzusichern.

In diesem für sie günstigen Klima sahen die - nicht parteigebundenen - Vordenker faschistischer Politik in der BRD beizeiten die Chance, jetzt endlich den Sprung über die 5% und die Festsetzung in den Parlamenten zu schaffen. Die Signale zur Umgruppierung und zum Zusammengehen im faschistischen Lager waren unübersehbar. Die Reps verließen die CSU, NPD und DVU gingen wieder zusammen, NPD/DVU und Reps pflegen trotz wiederholter Dementis Kontakte (so Martin Mußgnug mit Emil Schlee).

Und, bestärkt durch die ersten Wahlerfolge, beginnt sich das erhebliche faschistische und rassistische "Einstellungspotential" der BRD (das bisher in der Masse Union oder auch gar nicht wählte und z.T. der NPD die Stange hielt) rechts der Unionsparteien zu formieren und zu organisieren. Daß dies vor allem bei den Reps zum Tragen kommt, haben auch diejenigen mitzuverantworten, die von Beginn an eine künstliche Mauer zwischen Schönhuber und den als Nazis weitgehend diskreditierten Figuren zu ziehen bemüht waren. Nicht zuletzt SPD-Politiker. Kindsmüller treibt diesen Fehler nur weiter.

Das genannte Potential ist auch mit den jüngsten Wahlergebnissen der Reps noch nicht ausgeschöpft. Es ist deshalb auch mehr als oberflächlich, wenn diese Ergebnisse als "Denkzettel" heruntergespielt werden.

"Damit wird unterstellt, es gehe gar nicht um rassistische und faschistische Inhalte, sondern um eine rein formelle Artikulation von Unzufriedenheit. Das ist eine verharmlosende und unrealistische Betrachtung. Eine Partei, die sich in der Öffentlichkeit vor allem durch rassistische Hetze profiliert, wird nicht einfach gewählt, weil sie auch gegen Wohnungsnot und Arbeitslosigkeit auftritt. Sie wird von Leuten gewählt, die Arbeitsplätze und Wohnungen durch die Vertreibung von AusländerInnen "freimachen" wollen. Es geht um rassistische und faschistische Einstellungen und nicht um einen politisch inhaltlosen Protest."/3/

Kindsmüller grenzt AntifaschistInnen aus

Die Formierung und das verschärfte Auftreten faschistischer und rassistischer Kräfte bleibt glücklicherweise nicht ohne Antwort. Ihnen wird zunehmend das Recht der Werbung für Ihre verbrecherischen Ziele öffentlich streitig gemacht.

Und Kindsmüller, der den Faschisten gegenüber so auf Rücksichtnahme und Nicht-Ausgrenzung bedacht ist, grenzt diese Menschen, unter ihnen viele Jugendliche, massiv aus.

- "Keine Unterstützung von Störveranstaltungen" schreibt Kindsmüller und verschweigt die gegebene Alternative: Polizeieinsätze zum Schutz von Nazi-Aufmärschen, auch vom SPD-Regierungen zu verantworten.
- "Keine kleinlich und rechtlich nicht haltbaren Schikanen durch Verwaltungen" schreibt Kindsmüller großherzig und meint: Maßregelung antifaschistisch handelnder Stadträte, meint freie Vergabe von Räumen, Plätzen und Werbeflächen für Nazipropaganda, für Bedrohung von Demokratinnen und Demokraten, Ausländerinnen und Ausländern, für ein Klima des Hasses in Wohnvierteln und Betrieben.
- "Keine rechtlich nicht haltbaren Ablehnungen in Wahlausschüssen" schreibt Kindsmüller und zieht damit gegen die ermutigenden, lange überfälligen Beschlüsse vor der vergangenen Landtagswahl zu Felde, denen eine Signalwirkung im Bundesgebiet zu wünschen wäre.

- "Keine Verbotsanträge" fordert Kindsmüller und stellt sich damit wie mit den vorgenannten Forderungen gegen alle, die den endlichen Vollzug des bestehenden Verbots aller Nazi- und -Nachfolgeorganisationen, das durch Art. 139 Eingang ins Grundgesetz gefunden hat, fordern, ja hilft bei der Revision des Völkerrechts und verhöhnt die Opfer des Nationalsozialismus.

Und aus all dem möchte er ein "einvernehmliches Vorgehen" der "Linken" zusammenbrauen? Wovon träumt er nachts.

Kindsmüllers "hilfloser Antifaschismus"

Mit seinen Thesen mischt sich Kindsmüller auch in eine aktuelle Gewerkschaftsdiskussion ein, stärkt konservative Kräfte und arbeitet auf die Schwächung derer hin, die begriffen haben, daß die Kraft der Gewerkschaften entscheidend das gesellschaftliche und politische Leben prägen kann. Nicht nur durch ökonomische Kämpfe, sondern auch durch möglichst massive Einmischung, wo es um Wesensinhalte demokratischer Politik geht.
Wo es um eine Auseinandersetzung mit dem Schwerpunkt faschistischer Hetze geht, um Ausländerfeindlichkeit und nationalistisches Großkotzertum, wird Kindsmüller in seinem Papier noch verschwommener als sonst. Er möchte auch hier "argumentieren" und informieren - gut und schön -, aber daß die Rechtssituation der betroffenen Menschen einer schleunigen, vorrangig zu betreibenden Veränderung bedarf, diese einfache Wahrheit scheint ihm nicht in den Sinn zu kommen. Auch das ist eine Schwächung der Arbeiterbewegung; sieht er den Zusammenhang nicht?
"Der Gewerkschaftstag stellt fest, daß er in der zunehmenden Ausländerhetze eine Angiff auf ausländische Kolleginnen und Kollegen und damit auf die Gewerkschaftsbewegung insgesamt sieht. Er wendet sich insbesondere gegen die von den Regierungsparteien geplanten Gesetzesvorhaben und Maßnahmen. Deshalb fordert er: (...)

-rechtliche Gleichstellung von Deutschen und Ausländern, die hier leben. Als ersten Schritt dazu fordern wir das kommunale Wahlrecht für Ausländer,

- Verbot jeglicher faschistischer, rassistischer und ausländerfeindlicher Propaganda,

- Verbot und Auflösung faschistischer, rassistischer und ausländerfeindlicher Organisationen gemäß Art. 139 Grundgesetz,

- keine Duldung und Unterstützung faschistischer, rassistischer und ausländerfeindlicher Aktivitäten durch staatliche Stellen."/4/
Das ist auch unsere Position. Und nachdrücklich begrüßen wir den Beschluß des 13. Gewerkschaftstages der Gewerkschaft Holz und Kunststoff, die eine Mitgliedschaft in ihrer Organisation und bei den "Republikanern" für unvereinbar betrachtet. Ein Beschluß, der die Diskussion mit den von den Faschisten umgarnten Mitgliedern übrigens ausdrücklich voraussetzt.
Ist das nun der "hilflose Antifaschismus", der den BefürworterInnen von Repressionsmaßnahmen neuerdings immer wieder vorgeworfen wird? Wir denken, nein. Das Beharren auf inhaltlichen Grundlagen jeder demokratischen Ordnung ist doch nur das mindeste, was von jedem Menschen verlangt werden muß. Das Geschwätz vom "hilflosen Antfaschismus" steht denen schlecht an, die nicht einmal dazu bereit sind.
Daß mehr dazu gehört, um ein "neues`33" in welcher Form auch immer zu verhindern, ist uns wohl bewußt, und diese Bewußtsein prägt wohl auch diese Stellungnahme. Wir alle sind - auf unterschiedlichen Gebieten - gesellschaftlich aktiv dafür. Und daß aus dem gemeinsamen Widerstand gegen das Aufkommen einer neuen faschistischen Strömung mit Massenanhang eine bessere Verständigung über alternative Gesellschaftsentwürfe (ohne "kapitalistische Krise") und ihre Verwirklichung sich entwickelt, ist eine unserer Hoffnungen.
Es bleibt die Aufgabe, die bedrohliche Entwicklung zu stoppen und die weitere parlamentarische Etablierung der Faschisten doch noch zu verhindern. Zu verhindern damit auch die Option grundsätzlich interessierter und finanzkräftiger Kreise, bei Bedarf umstandslos auf sie zurückgreifen zu können.
In diesem Sinne betrachten wir den Kommunalwahlkampf in Schleswig-Holstein und in besonderem Maße die Zeit bis zur Bundestagswahl (Schönhuber erhofft sich 10%) als Herausforderung.

Antifaschistisches Forum Kiel

Anmerkungen:
1/ in: "die feder" 7-89 (Hervorhebungen von uns)
2/ d.Hensche, ebd.
3/H.D. Koch, "Sozialistische Zeitung" 3-89
4/ Aus einem Beschluß des 1. Gewerkschaftstages der IG Medien, Titel: "Gegen Neofaschismus", 4-89, veröffentlicht in: "Kontrapunkt" extra vom 16.5.89 (Hervorhebungen von uns).

Antifaschistin in den Tod getrieben!

Am Freitag, den 17.11. kam es abends in Göttingen zu einer Auseinandersetzung zwischen neonazistischen Skinheads und AntifaschistInnen. Nach deren Ende eskortierte die inzwischen aufgetauchte Polizei die Skinheads aus der Stadt und veranstaltete eine Jagd auf die AntifaschistInnen. Bei diesem Einsatz wurde eine Gruppe von 20 Leuten in einer Sackgasse eingekesselt. Ein Beteiligter: "Unser Gefühl war, daß die Bullen nicht nur unsere Personalien haben wollten, sondern uns einmachen wollten." (Offiziell von der Polizei bestätigter Dialog: "Sollen wir sie plattmachen?"-"Ja, ich bin dafür.").
Als die Polizei mit CS-Gas, Hunden und Schlagstöcken gegen sie vorging, versuchten die Eingekesselten über den einzig offen gelassenen Fluchtweg -eine vierspurige Schnellstraße- zu flüchten. Dabei wurde Cornelia Wissmann von einem Auto erfaßt und getötet. Anwesende, die sich um Conny kümmern wollten, wurden von den Polizisten angeschrien und aufgefordert, sich auf die Straße zu legen. Hinterher wurde zynischerweise von der Polizei erklärt, die Autonomen hätten sich geweigert, Polizeibeamte Erste Hilfe leisten zu lassen.
Göttingen und umliegende Dörfer (wie auch anderswo in der BRD) sind seit geraumer Zeit Schauplatz von verstärkten Aktivitäten von Neonazis. Übergriffe faschistischer Gruppen auf AusländerInnen, Linke und Einrichtungen der alternativen und autonomen Szene sind fast schon an der Tagesordnung. Dagegen organisieren sich AntifaschistInnen zunehmend auch militant, um ihren Selbstschutz zu gewährleisten.
Die Polizei verhält sich passiv gegenüber den Nazis, bzw. deckt oft genug deren Rückzug, wie auch am vergangenen Freitag. Darüberhinaus werden bei Aktionen gegen Nazis immer die AntifaschistInnen Ziel der polizeilichen Aktivitäten. Das sind Erfahrungen, die wir auch in Schleswig Holstein machen.
Z. B. konnten Anfang 1988 faschistische Skinheads von ihrem Treffpunkt aus, der Kneipe "Na Und" in Kiel Süd, monatelang von der Polizei unbehelligt die Gegend terrorisieren. Die Kündigung für den Kneipenbesitzer Sven Bauer und das Zurückdrängen der Faschisten gelang in gemeinsamen Aktivitäten, Demonstrationen von Kieler AntifaschistInnen und Betroffenen vor Ort, die eine Bürgerinitiative gründeten.
Ein anderes Beispiel stammt aus dem November 1988. Ca 20 AntifaschistInnen wollten den Aufmarsch einer ebenso großen Gruppe Skinheads und Hooligans in Hamburg Bergedorf verhindern. Das Ergebnis war eine Hetzjagd der Polizei auf die AntifaschistInnen mit gezogenen Waffen, Warnschüssen, Schlagstockeinsatz. Zudem ermöglichte die Polizei den Faschisten das Fotografieren festgenommener AntifaschistInnen, indem Hände und Tücher von ihren Gesichtern "entfernt" wurden. (vgl. Atze3/4)
Die Gründe für solche Einsätze sind im wesentlichen in der Funktion der Polizei für die HERRschenden zu suchen. Ihr fällt die Aufgabe zu, Regierungspolitik durchzusetzen und abzusichern. Und diese Politik zielt unter anderem darauf, Faschisten salonfähig zu machen und in die sogenannten "Reihen der Demokraten" aufzunehmen. Der von weiten Teilen der CDU/CSU und der Medien seit Jahren geförderte Fremdenhaß ist als Beleg dafür zu sehen (ein deutliches Beispiel ist der rassistisch geführte Kommunalwahlkampf der CDU in Hessen). Mit der zunehmenden Fremdenfeindlichkeit läßt sich vortrefflich von Rationalisierung, zunehmender Ausbeutung, Zerstörung der Umwelt, zusammengefaßt von den Verheerungen kapitalistischen Wirtschaftens ablenken. So ist es nur logisch und konsequent, das im Grundgesetz bestehende Verbot faschistischer Parteien, Gruppen und Organisationen nicht anzuwenden.

Die andere Seite dieser Politik ist die verschärfte Kriminalisierung von AntifaschistInnen und anderen fortschrittlichen Gruppen und Organisationen. Z. B. die Verfolgung von Hamburger Antifas mit dem Ermächtigungsparagrafen 129 a, der legalisiert, was sonst verboten ist; Spitzel einschleusen, Telefone abhören...
Hilfreich stehen hier weite Teile der SPD zur Seite, die lieber nur mit den Faschisten reden möchten, statt sie zu bekämpfen und den Rest der Polizei übertragen wollen. Das ist der Versuch der Ausgrenzung der Menschen, die auf ihre eignen Kräfte bauen und gegen die HERRschende Politik die antifaschistische Selbsthilfe organisieren, gegen den sich verstärkenden Einfluß und/oder Terror der Faschisten, seien es Republikaner, DVU, NPD oder die FAP.
Einen weiteren Grund für Einsätze wie in Göttingen, legen menschenverachtende Dialoge unter den Einsatzkräften der Polizei von der Art "Wollen wir sie plattmachen?", "Ja ich bin dafür." nahe. Womöglich ist auch hier eine (Einsatz-)Politik der Polizei auf eigene Faust zu betrachten, verbunden mit einem gehörigen Haß auf AntifaschistInnen. Verwunderlich bei der großen Anzahl von Polizisten die sich offen zu den Republikanern bekennen oder mit ihnen sympathisieren, seien es nun 30 oder 50%??
Eigenmächtigkeiten der Polizei sind auch in Schleswig Holstein bekannt. Während der Aktionen gegen Saalveranstaltungen der DVU in Neumünster und Flensburg waren die Einsatzkräfte zum Teil nicht mehr von ihrer Führung zu kontrollieren (wer's nicht glaubt liest die Nr. 11 der Zeitung des Lübecker Plenum gegen Faschismus).
Wohin es führen kann, wenn sich die Faschisten in den staatlichen Organen festsetzen und zuviel Spielraum bekommen, läßt sich am Beispiel El Salvador andeuten. Unter der Regierung der faschistischen Partei Arena, die unter anderem Entwicklungshilfe aus Bonn kassiert, sind seit Anfang des Jahres mehrere hundert Menschen ermordet worden. Diese Aufgaben übernehmen sowohl dem Staatsapparat als auch der Arena verpflichtete Todesschwadronen. Hier herrscht offener, brutaler Terror gegen die ArbeiterInnenklasse und alle oppositionellen Strömungen, bis hin zur Bombardierung von ArbeiterInnenwohngebieten in der Hauptstadt San Salvador.
Noch hat die Linke in der BRD einen relativ großen Spielraum. Nutzen wir ihn und organisieren die antifaschistische Selbsthilfe auf breitester Ebene. Auch wenn wir mächtig unter Druck stehen, was sich z. B. auch daran ablesen läßt, daß die bürgerlichen Medien es sich leisten können vor lauter deutsch deutschem Wiedervereinigungstaumel, unliebsame Nachrichten von Befreiungskämpfen

in anderen Ländern oder über Polizeiterror in der BRD fast völlig zu ignorieren.
Trotzdem, der Kampf geht weiter!

- Auflösung und Zerschlagung aller faschistischen Gruppen und Organisationen!
- Die Antifaschistische Selbsthilfe organisieren!

EL SALVADOR LIBRE
SPENDENAKTION



Postgiroamt Berlin-West
Sonderkonto
288 59-107
Bankleitzahl 100 100 10
Freunde der alternativen Tageszeitung e.V.
1000 Berlin 61



Kontostand: 26.10.89
4.249.742,60 DM

Bisherige UnterstützerInnen:
AIB - Dritte Welt Zeitschrift, Arbeiterkampf, blätter des iz3w, Cuba Si, idea, la - Info, Inprekorr, Konkret, Lateinamerika Nachrichten, PROWO, Radio Dreieckland - Freiburg, Radio 100 - Westberlin, Radio Z - Nürnberg, Euskodi Information

El Salvador

Während der ARENA-Staat marschiert, überlegt die Bundesregierung wie sie künftig El Salvador wieder Entwicklungshilfe geben kann.

Wir weisen nach:

noch immer kontrolliert der als Drahtzieher der Todesschwadrone geltende Ex-Major d'Aubuisson die Machtstrukturen von ARENA. Das moderate Image des smarten Präsidenten Cristiani ist:

"D'Aubuissons neue ARENA"

(Broschüre, 80 S., mit Beiträgen von Leo Gabriel, G. Gottwald u.a., herg. von der Informationsstelle El Salvador und medico international, DM 5,--)

Die Wirklichkeit:

El Salvador steht exemplarisch für eine seit Jahrhunderten systematisch betriebene Unterentwicklung. Darin findet er seine Ursachen:

"Der Krieg in El Salvador"

(Buch, 200 S. eine nichts auslassende Einführung, herg. vom Gesundheitsladen Berlin und medico international, DM 10,--)

Aktionsmaterial & Unterschriftenlisten zur Kampagne
"Stopp der Entwicklungshilfe für Salvador"
kostenlos (Rückporto in Marken beilegen).

Bestellungen (möglichst mit Scheck) an:

medico international
Obermainanlage 7, 6000 Frankfurt - 1

Wir brauchen dringend Spenden für die medizinische Hilfe für El Salvador:
Konto 1800 - Frankfurter Sparkasse
Stichwort: El Salvador

Antifaschistisches Forum gegründet!

Antifaschistisches Plenum und Kieler Antifaschistisches Bündnis jetzt gemeinsam!!

Mit dem Ziel der weiteren Stärkung und Verbesserung der antifaschistischen Bestrebungen in dieser Stadt haben sich im Oktober 1989 diese bisher getrennt arbeitenden antifaschistischen Zusammenschlüsse zum ANTIFASCHISTISCHEN FORUM KIEL vereint.



Das Antifaschistische Plenum Kiel entstand im Frühsommer 1987 aus dem Bedürfnis nach verbesserter Zusammenarbeit unter Kieler AntifaschistInnen. In der folgenden Zeit führte das Plenum eine Reihe von Veranstaltungen durch, rief zu antifaschistischen Demonstrationen auf und gibt nun schon die sechste Ausgabe der antifaschistischen Zeitung ATZE heraus. Deren Auflage konnte von anfangs 300 auf inzwischen 700 Exemplare gesteigert werden.

Das Kieler Antifaschistische Bündnis wurde ins Leben gerufen, um auf möglichst breiter Grundlage gegen die Kandidatur faschistischer Parteien zur Europawahl aktiv zu werden. Außer Kundgebungen und Demonstrationen gegen den Wahlkampf rechtsextremer Parteien und deren Unterstützung durch die Oberpostdirektion wurde eine Arbeitsgruppe mit VertreterInnen der Stadt Kiel ins Leben gerufen. Das Bündnis dringt darauf, daß die Stadt Maßnahmen ergreift, die rechtsextremen Organisationen ein wie auch immer geartetes öffentliches Auftreten unmöglich machen.

Die Zusammenführung von Plenum und Bündnis soll die Möglichkeiten antifaschistischer Politik in Kiel verbessern und dazu beitragen, daß faschistische und rassistische Inhalte endlich auf breiter Front geächtet und die Aktionsmöglichkeiten faschistischer Organisationen und ihrer Hintermänner eingeschränkt werden. Dabei schließen wir bewußt keine Form des antifaschistischen Kampfes aus.

Das Antifaschistische Forum unterstützt interessierte Gruppen durch Informationsmaterial und Referenten. Es trifft sich jeden 2. und 4. Donnerstag im Monat um 20.oo Uhr in der "PUMPE", Haßstraße 22.

Kontaktadresse: Antifaschistisches Forum Kiel c/o "PUMPE", Haßstr. 22, 2300 Kiel 1